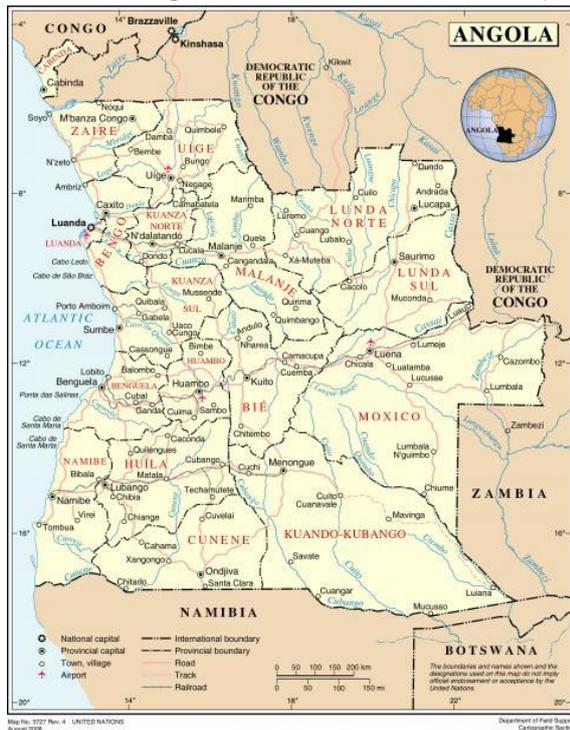


Factsheet Angola

November 2024

1 Fakten und Zahlen

Bevölkerung: 37,8 Millionen Menschen ([FNUAP 2024](#)).



Ethnische Gruppen: Ovimbundu 37 %, Kimbundu 25 %, Bakongo 13 %, Mestico (Mischung aus Europäer*innen und Afrikaner*innen) 2 %, Europäer*innen 1 %, andere 22 %.

Sprachen: Portugiesisch 71,2 % (offiziell), Umbundu 23 %, Kikongo 8,2 %, Kimbundu 7,8 %, Chokwe 6,5 %, Nhaneca 3,4 %, Nganguela 3,1 %, Fiote 2,4 %, Kwanhama 2,3 %, Muhumbi 2,1 %, Luvale 1 %, autres 3,6 % (Schätzung 2014).

Religion: Römisch-katholisch 41,1 %, protestantisch 38,1 %, andere 8,6 %, keine 12,3 % (Schätzung 2014).

Politische Lage überwiegend stabil, aber Korruption besteht fort. Die [wichtigsten politischen Parteien in Angola](#) sind die [Volksbewegung zur Befreiung Angolas \(MPLA\)](#),

die [Nationale Union für die vollständige Befreiung Angolas \(UNITA\)](#), die [Nationale Front für die Befreiung Angolas \(FNLA\)](#), die Demokratische Liberale Partei und die Partei der Sozialen Erneuerung. Die [Wahlen im August 2022](#) führten dazu, dass die MPLA an der Macht blieb und [João Lourenço als Präsident](#) wiedergewählt wurde. Die grösste Oppositionspartei UNITA [focht den Wahlsieg der Regierungspartei an](#), ihre beim [Verfassungsgericht eingereichten Klagen wurden jedoch abgewiesen](#). Derzeit ist die innenpolitische Lage in Angola [überwiegend stabil](#). Allerdings haben sich [korrupte Strukturen auf allen Ebenen der Gesellschaft ausgebreitet](#). Angola steht auf dem Korruptionswahrnehmungsindex auf [Platz 121 von 180 Ländern](#).

2 Risikoprofile

- **Ethnische Minderheiten:** gefährdet durch [illegale Zwangsräumungen und Enteignungen](#);
- **Religiöse Minderheiten:** [Polizeigewalt ausgesetzt, systematische Unterdrückung](#);
- **Frauen:** gefährdet durch Vergewaltigung, häusliche Gewalt und Zwangsheirat. [Gewalt](#) auch durch die [Ordnungskräfte](#), insbesondere gegen Strassenhändlerinnen oder «Zungueiras» und Migrantinnen;

- **Kinder:** gefährdet durch [Zwangsheirat](#), [Zwangsarbeit](#), sexuelle Ausbeutung;
- **Mitglieder der politischen Opposition oder Kritiker:** [willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen](#), Einschüchterungen;
- **LGBTQI+-Personen:** [Gewalt und Einschüchterung](#);
- **Menschenrechtsaktivist*innen und Journalist*innen:** staatliche und nichtstaatliche Verfolgung, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen, [exzessive Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte](#) gegen Demonstrantinnen und Demonstranten;
- **Flüchtlinge und Asylsuchende:** Schwierigkeiten beim Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie Gesundheitsfürsorge und Bildung, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit.

3 Neuere Entwicklungen

3.1 Sicherheitslage

Soziale Unzufriedenheit und Demonstrationen. Die NGO Freedom House hat dem Land in ihrer Rangliste Freedom in the World 2024 auf der Grundlage von 10 von 40 Punkten im Bereich «politische Rechte» und 18 von 60 Punkten im Bereich «Bürgerrechte» den Status «unfrei» verliehen. Die Regierung unterdrückt politisch Andersdenkende und die Sicherheitskräfte verüben weiterhin Übergriffe. Es besteht ein hohes Risiko von [Demonstrationen oder sogar gewalttätigen Zusammenstößen](#) zwischen Demonstrant*innen und Sicherheitskräften aufgrund der starken sozialen Unzufriedenheit, die durch [unpopuläre Haushaltsmassnahmen und hohe Lebenshaltungskosten](#) hervorgerufen wurde. Besonders [prekär ist die Sicherheitslage](#) in den Provinzen [Cabinda](#) und [Lunda Norte](#).

3.2 Humanitäre Lage

Die Nahrungsmittelkrise verschärft sich. Schätzungen zufolge benötigen rund [7,3 Millionen Menschen](#) im Land humanitäre Hilfe. Aufgrund des Klimaphänomens El Niño leidet Angola unter [schweren Dürren und Trinkwassermangel](#). Der Februar 2024 war der trockenste Monat seit mehr als vier Jahrzehnten. Dies verschärft die bereits [kritische Nahrungsmittelkrise](#), vor allem in den südlichen und östlichen Regionen des Landes.

3.3 Menschenrechtsslage

Neue Gesetzentwürfe, die die Meinungs-, Rede- und Vereinigungsfreiheit stark einschränken. Am 29. August 2024 unterzeichnete Präsident João Lourenco [zwei Gesetzentwürfe](#), die die Meinungs-, Rede- und Vereinigungsfreiheit stark einschränken. Der erste ist der [Gesetzentwurf zu Vandalismus](#). Er sieht Haftstrafen von bis zu 25 Jahren für Personen vor, die an Demonstrationen teilnehmen, bei denen es zu Vandalismus an öffentlichem Eigentum und zu Dienstunterbrechungen kommt. Das zweite ist der [Gesetzentwurf zur nationalen Sicherheit](#), der es der Regierung ermöglicht, eine von [HRW als übertrieben](#) bezeichnete Kontrolle über die Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen und andere private Einrichtungen auszuüben. Am 25. Mai 2023 wurde ein [Gesetzentwurf über den Status von Nichtregierungsorganisationen](#) vom Parlament genehmigt. Sollte das Gesetz verabschiedet werden, würde es die Existenz von NGOs bedrohen.

Exzessive Gewaltanwendung durch die Angolanische Nationalpolizei (PNA). Seit 2020 schiessen die Sicherheitskräfte regelmässig und rechtswidrig mit [scharfer Munition und Tränengas](#) auf Demonstrant*innen. Auch 2023 ging die PNA, insbesondere in Luanda und Benguela, mit [exzessiver Gewalt](#) gegen friedlich demonstrierende Menschen vor. Menschen wurden [willkürlich festgenommen und inhaftiert](#), weil sie an Demonstrationen teilnahmen oder solche organisieren wollten. Am 5. Juni 2023 wurden mindestens [fünf Demonstrant*innen und ein Passant getötet](#), darunter ein zwölfjähriges Kind und ein [16-jähriger junger Mann](#).

Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist weit verbreitet. Das [angolanische Gesetz](#) definiert häusliche Gewalt unter anderem als physische, sexuelle, psychologische und verbale Gewalt. Es bestraft häusliche Gewalt und Vergewaltigung mit bis zu [acht oder zwölf Jahren Gefängnis](#). Begrenzte Ressourcen für Ermittlungen und eine teilweise ineffiziente Justiz haben jedoch in den meisten Fällen verhindert, dass die Täter strafrechtlich verfolgt werden. Darüber hinaus begehen die [Sicherheitskräfte selbst sexuelle Übergriffe](#) und sind für Misshandlungen verantwortlich, insbesondere [gegenüber den Strassenhändler*innen «Zungueiras» und Migrantinnen](#). Bis zu [32%](#) der angolanischen Frauen sollen körperliche Gewalt erfahren haben und [34%](#) sollen körperliche oder sexuelle Gewalt durch ihren Ehemann oder Partner erfahren haben.

Kein Schutz vor Zwangsheirat. Es gibt derzeit keine strafrechtlichen Bestimmungen gegen [Zwangsheirat](#). Jungen können ab 16 Jahren und Mädchen ab 15 Jahren [rechtmässig verheiratet](#) werden. Zwangsheiraten von Kindern sind in Angola nach wie vor ein Problem, insbesondere in den unteren Einkommensschichten und in ländlichen Gebieten, oft als sozioökonomische Bewältigungsstrategie. Laut UNICEF werden etwa [30 % der angolanischen Mädchen und 6 % der Jungen vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet](#).

Zwangsarbeit und sexuelle Ausbeutung von angolanischen Kindern und Migrant*innen weit verbreitet. Zwischen 2020 und 2021 registrierte das National Institute for Children (INAC) landesweit [17'890 Fälle von Zwangsarbeit von Kindern](#). Es werden nur wenige Anstrengungen unternommen, um Kinderarbeit zu bekämpfen. Kinder sind weiterhin mit [Zwangs- und/oder gefährlicher Arbeit](#) konfrontiert, insbesondere in der Hausarbeit, im Bergbau, im Baugewerbe und in der Landwirtschaft. Kinder in Angola werden auch zu [kommerziellen Zwecken sexuell](#) ausgebeutet, manchmal im Rahmen von Menschenhandel. Migrant*innen aus dem Kongo ohne gültige Papiere, darunter auch Kinder, werden zu [Zwangsarbeit im Bergbau oder auf dem Bau gezwungen](#). Kinder, darunter Mädchen [im Alter von nur zwölf Jahren](#), werden in den Bergbausiedlungen durch Zwangsarbeit oder Sexhandel ausgebeutet. Erwachsene und Kinder aus Brasilien, Kuba, der Demokratischen Republik Kongo, Namibia und Vietnam sind ebenfalls von [sexueller Ausbeutung](#) betroffen.

Rechtswidrige Zwangsräumungen und gewaltsame Enteignungen. Die Behörden vertreiben weiterhin Menschen gewaltsam, ohne die erforderlichen Verfahrensgarantien einzuhalten. Im Februar 2023 vertrieben die Sicherheitskräfte Bewohner*innen des Viertels [Zango 3 in Luanda und rissen über 300 Häuser ab](#), wodurch Hunderte von Menschen obdachlos wurden. Personen, die sich angeblich widersetzen, seien geschlagen und festgenommen worden. Amnesty International (AI) berichtet in seinem Jahresbericht 2022 von Gewalt, die von regionalen Behörden gegen die ethnische Gruppe der [Mucubai](#) verübt wurde. So versuchte die Polizei beispielsweise am 12. Oktober 2022, die [Mucubai-Gemeinschaft von ihrem Land in Ndamba](#), am Stadtrand von Moçâmedes (Provinz Namibe) zu vertreiben. Sie soll 16 Wohnhäuser und wichtige persönliche Gegenstände wie Decken,

Kleidung und Wasserkanister in Brand gesetzt haben. Nach Angaben der NRO wird ein [fünfjähriger Junge vermisst](#). Die Bewohner befürchten, dass er in einem der niedergebrannten Häuser bei lebendigem Leib verbrannt wurde.

Einschränkungen der Religionsfreiheit und Repressionen gegen nicht registrierte religiöse Gruppen. Gemäss [Artikel 10 der angolanischen Verfassung](#) ist der Staat säkular und religiöse Diskriminierung ist verboten. Das Gesetz schreibt jedoch vor, dass sich religiöse Gruppen registrieren lassen müssen, um von der angolanischen Regierung anerkannt zu werden. Letztere kann die Räumlichkeiten von nicht registrierten Gruppen schliessen. Im Jahr 2023 [liess die Regierung keine neuen religiösen Gruppen zu](#). In ihrem Bericht aus dem Jahr 2022 schreibt die Bertelsmann-Stiftung, dass nicht anerkannte Kirchen und religiöse Bewegungen sowie die kleine muslimische Gemeinschaft in Angola [systematisch unterdrückt](#) werden, einschliesslich der Zerstörung von als illegal eingestuftem Gotteshäusern und Polizeigewalt.

Journalist*innen und abweichende Stimmen werden vom Staat bestraft. Die angolanische Regierung ist der [grösste Eigentümer von Medienunternehmen](#) im Land, was es ihr ermöglicht, ihre regimetreue Rhetorik durchzusetzen. Journalist*innen und andere Kritiker*innen, insbesondere im Internet, werden mit [hohen Geld- und Haftstrafen](#) belegt und sind Ziel rechtlicher Drohungen und Einschüchterungen seitens der Behörden. Im Jahr 2024 stand Angola auf der weltweiten Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen auf Platz [104 von 180](#).

4 Praxis der Schweizer Behörden

Anerkennungs- und Schutzquote. Laut den Zahlen des SEM für 2024 ([Januar-Oktober](#)) betrug die Anerkennungsquote (Asylgewährung) 0 % und die Schutzquote (Asylgewährung + VA) 16,7 %. Die bereinigte Anerkennungsquote (ohne NEE ohne VA) lag bei 0% und die Schutzquote bei 20%. Asylgesuche zwischen Januar und Oktober: [89](#).